

Forum E

Stadtbevölkerung 2010 – zu alt, zu wenig, zu einsam?

Moderation:

Oberbürgermeister Dr. Hinrich Lehmann-Grube, Leipzig

Referent/Referentin:

Prof. Dr. Herwig Birg, Institut für Bevölkerungs- und Sozialpolitik, Universität Bielefeld
Oberbürgermeisterin Beate Weber, Heidelberg

Prof. Dr. Herwig Birg, trägt die absehbaren Fakten, die sich aus der demographischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ergeben werden, vor (s. auch Tabellen auf S. 130 f.):

These: Die Stadtbevölkerung wird altern!

Ausgangspunkt für diese These ist der Umstand, daß die Zahl der über 60jährigen bis 2010 um 30 % ansteigen wird, während die Zahl der jüngeren Erwerbspersonen nach einem leichten Anstieg um fast 10 % absinkt.

These: Die Stadtbevölkerung wird schrumpfen!

Allein aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Geburten- und Sterbefälle) würde die Einwohnerzahl im Untersuchungszeitraum um fast 4 Mill. sinken. Durch den unterstellten Außenwanderungsüberschuß (von Deutschen und Ausländern) steigt die Zahl der Gesamtbevölkerung zwar von 80 Mill. im Jahre 1990 auf über 85 Mill. an, die Zahl der Deutschen wird aber um 2 Mill. abnehmen.

These: Die Stadtbevölkerung wird vereinsamen!

Als Indikator für die „Vereinsamung“ soll die Zahl der 1- und 2-Personen-Haushalte herangezogen werden. Deren Anzahl wird im Untersuchungszeitraum um 12 % bzw. 20 % ansteigen. Das heißt, daß ein immer größerer Anteil der Bevölkerung in „Kleinsthaushalten“ leben wird. Bei den Familienstrukturen steht ein deutlicher Wandel bevor.

Zusammenfassung der Fakten

Deutschland und besonders seine Städte haben zumindest im Westen eine ständig wachsende Gesamtbevölkerung erlebt. Wie jetzt schon in allen neuen Ländern, wird aber das ständig stei-

gende Geburtendefizit durch Zuwanderungen aus dem Ausland nicht mehr ausgeglichen werden können. 2005, spätestens aber ab 2010, wird die Zahl der Einwohner beginnen zu sinken, zunächst wenig, dann aber immer stärker. Deutschland mutiert seit 1975 zu einer Migrationsgesellschaft, deren Existenz davon abhängt, daß immer mehr Menschen zuwandern.

Diskussion

Im Anschluß an das Statement findet eine Diskussion der Frage statt, welche Folgen sich aus diesen erkennbaren Trends, deren tatsächliche quantitative Ausprägungen nur zu einer graduellen Veränderung führen dürften, ergeben:

Die Bevölkerung der großen Städte altert, sie spaltet sich in zwei sozialdemographisch völlig unterschiedliche Bevölkerungsgruppen: nämlich mit Kindern und ohne Kinder. Sie wird wirtschaftlich, kulturell und mental zunehmend ungleichartiger, insbesondere aufgrund der abnehmenden Integrationsbereitschaft der hier lebenden außereuropäischen Einwanderer (Spaltung der Gesellschaft!). Immer mehr gewollt oder ungewollt kinderlose Ehen in Verbindung mit großer Scheidungshäufigkeit und unterschiedlich langen Lebenserwartungen von Frauen und Männern führen tendenziell zu stärkerer Vereinsamung der Bevölkerung. Über diese Zusammenhänge besteht in weiten Teilen der Politik und Gesellschaft ein „falsches Bewußtsein“. Der Mangel an Erkenntnis verstellt den Blick auf eine realistische Politik zur Lösung der Probleme.

Ausblick

Es bedarf in Deutschland einer umfassenden Bevölkerungspolitik und einer Einwanderungspolitik. Eine sozialpolitisch orientierte Familienpolitik, die zudem von familienpolitischen Nebenwirkungen anderer Politikbereiche konterkariert wird (z.B. Wirtschafts- und Finanzpolitik), hat bisher nicht ausgereicht und wird dies auch zukünftig nicht tun.

„Kinderlärm ist Zukunftsmusik!“, sollte die Devise lauten und generelles gesellschaftliches Credo sein.

Bevölkerungspolitik oder richtig verstandene soziale Familienpolitik müssen als eine Art von langfristiger, strategischer Standortpolitik verstanden werden. Dazu sind insbesondere die Belange der Frauen mehr zu berücksichtigen. Daß dies nicht beachtet wurde, ist offensichtlich. Ein multipolares Städtesystem könnte sich als „der Standortfaktor“ der Zukunft erweisen und die Vorteile der Dezentralisierung auf einzigartige Weise mit den Vorteilen der Zentralität verbinden, ohne die Nachteile von Megastädten in Kauf nehmen zu müssen.